

Antrag

Initiator*innen: Erweiterte Landesvorstand (dort beschlossen am: 01.11.2024)

Titel: Öffentlich-rechtliche Medien schützen

Antragstext

1 **1. Kritik an den geplanten Kürzungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk:**

2 Wir sprechen uns entschieden gegen die geplanten Kürzungen beim öffentlich-
3 rechtlichen Rundfunk aus, die den Erhalt vieler
4 Radio- und TV-Spartensender, darunter 3sat, ZDFneo, Phoenix und
 Tagesschau24 und regionale Nachrichten- und Kultursender, gefährden. Diese
 Sender sind bedeutende Informations- und
 Bildungsquellen, die durch ihre unabhängige Berichterstattung zur freien
 Meinungsbildung beitragen und damit eine wichtige Stütze der Demokratie
 darstellen. Insbesondere in Zeiten wachsender
 Desinformation, Fake News und rechtsextremer Propaganda ist es
 unverzichtbar, solche Angebote zu schützen.

5 **2. Förderung eines jugendgerechten Angebots:** Die öffentlich-rechtlichen

6 Sender sollen mit ihren Angeboten die demokratischen, sozialen und
7 kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft
8 erfüllen. Daher fordern wir von den öffentlich-rechtlichen
9 Rundfunkanstalten ihre Inhalte stärker auf die Interessen und
 Lebensrealitäten der jüngeren Generationen auszurichten. Formate wie funk
 oder KiKA sind wichtige Beispiele dafür, wie Bildung und Unterhaltung für
 junge Menschen kombiniert werden können. Mehr solcher Angebote sind
 notwendig, um die öffentliche Reichweite unter
 Jugendlichen zu stärken und ihnen einen Zugang zu faktenbasierten
 Informationen zu bieten. Die Einschränkung der Informationen welche
 öffentlich-rechtliche Sender auf sozialen Medien, wie
 Instagram oder TikTok, veröffentlichen dürfen, steht diesem Ziel diametral
 entgegen.

- 10 3. **Ruf nach einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Reform:** Eine Reform
11 des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darf nicht nur auf Kostensenkungen
12 abzielen, sondern muss die Modernisierung und den
13 digitalen Wandel der Medienlandschaft im Blick haben. Wir fordern, dass
 die öffentlich-rechtlichen Medien flexibel und unabhängig gestaltet
 werden, um auch in Zukunft eine breite und
 differenzierte Zielgruppe zu erreichen. Eine ausgewogene Reform muss die
 Inhalte und Strukturen an die Anforderungen einer digitalisierten und sich
 verändernden Gesellschaft anpassen und dabei
 die Ansprache junger Menschen stärken.
- 14 4. **Unterstützung lokaler Berichterstattung:** wir sprechen uns dafür aus,
15 lokale und regionale Medien bundesweit stärker zu unterstützen, um eine
16 vielfältige und flächendeckende Berichterstattung,
17 mit journalistischen Standards sicherzustellen. Gerade lokale Medien
18 bieten unverzichtbare Informationen über regionale Ereignisse, kulturelle
19 Angebote und politische Entwicklungen vor Ort. Sie
 stärken die Gemeinschaft und fördern ein demokratisches Bewusstsein, indem
 sie Bürger*innen Zugang zu verlässlichen und relevanten Informationen
 bieten. In Zeiten, in denen Desinformation und
 rechtsextreme Fake News zunehmen und gezielt das Vertrauen in die Medien
 schwächen, ist es besonders wichtig, den Zugang zu qualitativ hochwertigem
 Lokaljournalismus zu sichern. Wir fordern
 daher, dass die Förderung kleiner, unabhängiger Medienhäuser und
 Redaktionen verstärkt wird, um ein starkes Gegengewicht zu Desinformation
 und radikalen Einflüssen zu schaffen und eine breite
 Meinungsvielfalt zu bewahren.

Begründung

Begründung: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielt eine zentrale Rolle in der unabhängigen Informationsversorgung und Meinungsbildung. Gerade in einer Zeit, in der Falschinformationen und radikale Stimmen die öffentliche Meinung beeinflussen, brauchen wir ein verlässliches und breit gefächertes Angebot an Inhalten. Durch die geplanten Kürzungen droht die Verarmung der Medienlandschaft, was insbesondere die jugendliche Zielgruppe trifft. Mit diesem Antrag positionieren wir uns gegen die geplante Reduzierung des öffentlich-rechtlichen Angebots und sprechen uns für eine umfassende Reform aus, die den Bedürfnissen und Interessen der jungen Generation gerecht wird.